

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Stz Hamburg)

und
Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen:
Für die dreispaltige Beitzelle oder deren Raum 30 M.
für Versammlungsanzeigen 10 M. pro Zeile.

Verkrustete Geister.

Trotz seiner Dauer von vierzig Monaten hat der Krieg nicht vermocht, in alle Geister die Erkenntnis zu äßen, daß er bei allen unaussprechlichen Schrecknissen, die er brachte, doch auch nach mancher Richtung wie ein reinigendes Gewitter gewirkt hat. Und wieder berühren sich hierbei die Extreme. Wie die äußerste Rechte, sozusagen die Reaktionsäre aus Prinzip, der Meinung sind, die Politik werde sich nach innen und außen bei Wiederkehr des Friedens wieder in derselben Nummer fortspinnen lassen, die vor dem Kriege von der durch sie mit Vorteil betriebenen Staatsmaschine lief, so meinen auch die, welche sich als äußerste Linke bezeichnen, der Krieg sei eine Episode, die nach ihrer Beendigung nur einen dicken Wulst von Unrat hinterlassen, sonst aber alles beim alten bleiben werde. Nun ist es zwar richtig, daß im Gewitter der Bliz schweren Schaden anrichten kann; es reinigt aber auch die Luft, und verwüßt sein Hagel manches, so werden doch auch Lebenskeime zur schnellen Entfaltung gebracht, die sonst noch lange geschlummert hätten. Das gilt auch vom Weltgewitter Krieg. Bei all dem Entsetzlichen, das er erzeugte, hat er doch auch reinigend, aufklärend und lebensweckend gewirkt. Nicht als Trost ist das zu sagen, und bei weitem ist es nicht als Ausgleich gegenüber dem unendlichen Elend und der Vernichtung an Leben zu betrachten, die der Krieg bewirkt hat, sondern als einfache Tatsache, die der Realpolitiker nicht unbeachtet lassen darf. Und Realpolitik, Wirklichkeitspolitik, muß vor allem die Sozialdemokratie betreiben, wenn sie ihre Riesenaufgaben in Gegenwart und Zukunft meistern will. Ausprechen, was ist, fordern wir. Aber auch sehen, was ist, muß gefordert werden. Und wer politisch sehen kann, muß wahrnehmen, daß überall, nicht zum wenigsten auch in Deutschland, die Bewegung der Geister nach demokratischer Richtung hin in starken Fluß geraten ist, und daß eine unserer Aufgaben darin besteht, uns zu Trägern dieser Bewegung zu machen und sie in unserem Sinne auszunutzen. Geradezu ein Verrat an den Arbeiterinteressen wäre es, wollten wir für unser Handeln keine andere Rolle finden, als schmolend und scheltend im Winkel zu stehen.

Da sitzt im preussischen Herrenhause ein edler Graf, sein Name ist Strachwitz, und er gehört der Zentrumsparlei an. Dieser Hofe und Erlauchte hatte seinen im Reichstage sitzenden Parteifreunden einen schweren Vorwurf daraus gemacht, daß sie mit den Sozialdemokraten paktiert und an der Mehrheitsbildung teilgenommen haben. Er hätte gewünscht, im Reichstage hätte sich das Zentrum mit den Konservativen verbündet, wie er auch mit erfreulicher Offenheit ausgesprochen hat, die christlich und königstreuen gesinnten Arbeiter sollten reichlicher ernährt und für ihr Wohlergehen müge besser gesorgt werden als für die revolutionären Arbeiter und Sozialdemokraten. Dieser Text ist nicht neu, die Melodie auch nicht. Früher sind jedoch solche menschenfreundliche Vorschläge ohne Abwehr aus den eigenen Reihen geblieben. Jetzt dagegen hat der Zentrumsabgeordnete Giesberts, trotz seiner vor kurzem erfolgten Berufung in ein höheres Staatsamt, seinem Fraktionsfreund Strachwitz kräftig geantwortet, und zwar in der „Germania“, dem Berliner Zentrumsblatt, und mit Zustimmung der führenden Zentrumsmitglieder. Giesberts führt zunächst aus, das von Strachwitz empfohlene Zusammengehen mit den Konservativen beweise nur seine vollständige Unorientiertheit über die Vorgänge im Reichstage. Die Mehrheitsbildung sei ja gerade gegen die Konservativen und ihren überragenden Einfluß gerichtet gewesen, also könne ein Zusammengehen mit den Konservativen hierbei gar nicht in Frage gekommen sein.

Entschieden lehnt dann Giesberts die Bevorzugung „der christlich und königstreuen gesinnten Arbeiter“ ab. Er bemerkt dazu: „Die christlich und königstreuen gesinnten Arbeiter müssen es schon ablehnen, wegen ihrer Wohlgesinntheit reichlicher ernährt zu werden als ihre sozialdemokratischen Kameraden im Schützengraben und in der Werkstatt. Es ist offenbar Herrn von Strachwitz nicht geläufig, daß

die sozialdemokratischen Väter, Brüder und Söhne im Schützengraben und im Trommelfeuer genau so tapfer kämpfen wie alle andere Gesinnten, daß sie alle Leiden und Strapazen des Krieges genau so empfinden wie die übrigen und daß die Fortführung unserer Kriegswirtschaft und Nütungsindustrie genau so von der Mitarbeit der sozialdemokratischen Arbeiter abhängt wie von der christlich und königstreuen gesinnten Arbeiterschaft. Es ist ein ungemein gefährliches Beginnen, solche Gegenätze in die breiten Volksmassen hineinzutragen.“ — Weiter verweist Giesberts den Grafen Strachwitz, der natürlich auch alldeutscher Unionist ist, auf die Tatsache, daß die Reichsregierung sich in ihrer Antwort an den Papst die Friedensresolution des Reichstages vom 19. Juli ausdrücklich zu eigen gemacht hat, daß mithin alle Schmähungen dieser Resolution die Reichsregierung treffen, in deren angeblichem Interesse Graf Strachwitz geredet hat.

Schließlich führt Giesberts seinen gräflichen Fraktionsfreund, dem die preussische Wahlreform den größten Schmerz bereitet, durch den Hinweis ab, daß die katholische Kirche die heftigsten Kämpfe in Preußen erlebt hat, als noch keine Sozialdemokraten im Landtage saßen. Ob das gleiche Wahlrecht einen Landtag bringen werde, der für Preußen auf kirchenpolitischem Gebiete ähnliche Zustände schaffe wie in Frankreich — das hatte Strachwitz behauptet — sei dahingestellt. Aber sicherlich werde die Sozialdemokratie keine gehässigen Ausnahmegerichte gegen die katholische Kirche schaffen, wie es nach dem Kriege von 1870 von den anderen politischen Parteien im Bündnis mit der Regierung geschehen sei. Schon seit Windthorst's Zeiten habe die Zentrumspartei das gleiche Wahlrecht für Preußen verlangt. Jetzt sei dieses Wahlrecht versprochen worden im Vertrauen auf den gesunden politischen Sinn des preussischen Volkes und mit der Anerkennung für die heldenmütigen Leistungen in diesem fürchterlichen Weltkriege, ein Abweichen von dem gegebenen Versprechen wäre der verhängnisvollste Fehler, der in Preußen gemacht werden könne. — Graf Strachwitz wird durch die Abfertigung nicht andern Sinnes geworden sein; aber er hat nichts erwidert. Auch das ist eine Antwort.

Verkrustete Geister gibt es auch unter den Direktoren des Industriekapitals in schwerer Menge. Auch sie wähen, nach dem Kriege könne die staatliche Maschinenrie zur Wiederhaltung der Arbeiter auf denselben Punkt eingestakt werden, auf dem sie vor dem Kriege stand. Sie täuschen sich sehr. So berechnigt an sich der Einwand sein mag, der Gang zur Vergeßlichkeit sei bei den Menschen so hart ausgeprägt, daß auch die Kriegsleiden bald vergessen sein würden und der durch den Krieg geweckte Widerstandsgedeh bald verdorren würde, so darf doch nicht außer acht gelassen werden, daß die Kriegsleiden in die Millionen Seelen tief eingeschnitten und viel zu lange angehalten haben, als daß ein Vergessen wie sonst zu erwarten steht. Außerdem werden die nicht zu vermeidenden Schwierigkeiten bei Rückkehr zur Friedenswirtschaft und die sicher kommenden wirtschaftlichen Kämpfe immer aufs neue die Arbeiter daran erinnern, daß wir noch im kapitalistischen Klassenstaate leben und dementsprechend unsere Haltung sein muß.

Das Ziel der Arbeiterklasse bleibt unverändert das alte. Nur der Weg, das Ziel zu erreichen, also die Taktik, hat sich den veränderten Verhältnissen anzupassen. Und es wäre schlimm um die Zukunft der Arbeiterklasse bestellt, wenn sie das nicht vermächte, weil sie in vorgefaßten Meinungen verkrustet ist.

Wohin geht die Reise?

Parlamentsche Dr. August Müller, Innenministerialrat im Kriegsernährungsamt, schreibt in den „Sozialistischen Monatsheften“, Nr. 22 vom 31. Oktober 1917, „Wirtschaftspolitische Betrachtungen zum Ergebnis des Würzburger Parteitages“, die anders ausklingen als die übliche Zukunftsmusik über die Neuorientierung, und die wir deshalb auch unseren Kameraden hier zur Kenntnis bringen möchten:

I.
Entscheidet man die auf dem Parteitag in Würzburg gehaltenen Reden und gefaßten Beschlüsse aller Parteiphra-

logie, so erhält man als das Resultat: ein klares Bekenntnis zur parlamentarischen Regierungsmethode und eine, nicht zu unterschätzende, aber immerhin recht deutliche Botschaft an die Nichtsaisprinzipienpolitiker. Beides mußte sich notwendigerweise ergänzen. Der Entschluß zur Teilnahme an einer Parlamentsmehrheit, die Ursprung und Stütze der jeweiligen Regierung ist, wäre wertlos geblieben ohne die gleichzeitige Behauptung des freien Willens zur Mitarbeit an der Lösung aller praktischen Tagesfragen, und zwar einer Mitarbeit ohne die bisher üblichen Vorbehalte und mit Anerkennung aller notwendigen Folgerungen aus der parlamentarischen Regierungsform.

So hätte also die Taktik der Reichstagsfraktion die Billigung der höchsten Parteiführung gefunden. Das ist zweifellos ein politisch sehr bemerkenswerter Vorgang mit vorläufig unabwehrbaren Konsequenzen. Aber man darf nie vergessen (und dieser Standpunkt ist hier stets als der entscheidende hervorgehoben worden): daß es bei der Politik auf deren Inhalt ankommt, daß daher bei aller Wichtigkeit, die den sogenannten reinpolitischen Fragen zukommt, man doch den Kern der Dinge selbst, der das Schicksal der Volksgemeinschaft bedeutet, nie aus dem Auge verlieren darf.

Wie so manches Mal kann auch hier wieder an einen Vorgang in England anknüpft werden, wo man sich, wenn nicht alle die spärlichen Nachrichten, die über diese Dinge in unser Land dringen, täuschen, viel klarer über die wirtschaftspolitischen Konsequenzen des Weltkrieges ist als bei uns in Deutschland. Im Anschluß an eine Rede, die Lloyd George am 22. Oktober in der Averballe zu London hielt, wagte der Amerikaner Smuts zu sagen, der Krieg sei nur der Anfang der großen Ereignisse, die eintreten werden, und er erstreckte sich über die Schwierigkeiten der neuen Situation mit der Mahnung, daß die Engländer ein ganz anderes Volk geworden seien als sie vor dem Kriege waren. Nun wissen wir nicht genug von den Neuierungen englischen Volkstums im Krieg, um den Grad der Änderungen beurteilen zu können, die es erfuhr. Aber der Umstand, daß ein britischer Staatsmann das Volk in so charakteristischer Weise auf seine Aufgaben nach dem Kriege vorbereitet, spricht jedenfalls dafür, daß man dort die Aufgaben sehr deutlich sieht, deren Lösung der Krieg gebieterisch fordert. Der Durchschnittsdeutsche sieht im Kriege doch wohl noch immer ein großes Geschehen, das die gewohnte Entwicklungslinie durchbrochen hat. Er will wieder da anknüpfen, wo am 1. August 1914 die Kette der Räder abgerissen wurde, wenn erst der ersetzte Kette genommen ist, und denkt gar nicht daran, den großen Krieg an den Anfang einer Reihe neuer, großer Ereignisse zu legen. Und wenn man sich die Dinge näher bestaunt: Hat der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie das Maß der Erkenntnis der Neuartigkeit, der zwingenden Natur und der ungeheuerlichen Größe der wirtschaftlichen Aufgaben in der Zeit nach dem Kriege gezeigt, das in den oben zitierten Worten Smuts' enthalten ist?

Zweifellos haben die wirtschaftlichen Debatten in Würzburg erfreulicher gewirkt als manche Auseinandersetzung über brennende Tagesfragen auf früheren Parteitagungen. Es behandelte kaum grundsätzliche Unterschiede unter den Teilnehmern an der Debatte, die am dritten und vierten Verhandlungstag über die Fragen der Wirtschaftspolit und Finanzpolitik nach dem Kriege geführt wurde. Mit Ernst und Sachlichkeit beantragte man sich zu entscheidender Sozialpolitik, zur Förderung weitgehender wirtschaftspolitischer Reformen, die die Schäden des Krieges heilen sollen. Und doch bleibt beim aufmerksamen Lesen dieser Auseinandersetzungen schließlich ein Gefühl des Unbefriedigtseins zurück, das man sich zunächst nicht leicht erklären kann, weil an sich die meisten Redner ein beständigendes geistiges Niveau erriemen lassen, und bei allen der tiefe Eifer und das Bedürfnis, ohne alles agitatorische Beiwerk nur der Sache, die eine Sache des ganzen deutschen Volkes ist, zu dienen, nicht verläunt werden darf. Was also vermißt man an diesen Debatten?

Nur es mit einem Wort zu sagen: den Zusammenhang der Erfordernisse der Wirtschaftspolitik mit der Weltpolitik; der wirtschaftspolitischen Neuorientierung mit der weltpolitischen Neuorientierung. Daß der Krieg nur der Anfang einer großen Entwicklung war, ist nach meinem Gefühl nicht mit der wünschenswerten Deutlichkeit das Leitmotiv der Debatte gewesen; die Einzelausführungen ließen kein Gesamtbild der gewaltigen Zukunftsaufgaben entstehen, die der Sozialismus findet, und ganz und gar fehlte die Darlegung der Zusammenhänge unserer inneren wirtschaftspolitischen Räte und der Wehrmittel dagegen mit den außenpolitischen Problemen und ihren Lösungen. Ich bin weit davon entfernt, deshalb den Wert und die Bedeutung der wirtschaftspolitischen Debatten des Würzburger Parteitages herabmindern zu wollen. Die richtige, grundsätzliche Gedanken ziemlich beiseiteschiebende Art, in der der Parteitag die Lösung unmittelbarer Gegenwartsaufgaben als das Hauptziel proklamierte, entspricht viel zu sehr der Art, die Dinge zu sehen, die ich für richtig halte, als daß ich deshalb den vorgehenden Artillerie spielen möchte. Sachliche Gründe, die Debatte zu beschränken, gab es auch genug. So läßt sich

also die etwas enge Begrenztheit der wirtschaftspolitischen Diskussion erklären. Aber es sei dann gestattet, an dieser Stelle das Bild mit einigen Strichen zu ergänzen, weil doch eben Wesentliches hinzugefügt werden muß.

Es gibt zweierlei Art von Wirtschaftspolitik: solche, die vom Standpunkt der Gesellschaft gesehen, Geld kostet, und solche, die Geld einbringt. Vor dem Krieg haben wir uns nicht nur die zweite, sondern auch die erste gestattet können. Das Deutschland nach dem Krieg wird auf diesen Luxus verzichten müssen. Das Grundgesetz, das seine Wirtschaftspolitik beherrschen muß, wird sein: die Rationalisierung der Produktion in dem Sinn, daß sie den höchstmöglichen Ertrag mit dem geringsten Kostenaufwand erzielt. Diesem Gebot werden sich die Forderungen der Arbeiter so gut unterordnen müssen, wie die Forderungen der zwischen den Arbeitern und den Kapitalisten stehenden Zwischenschichten: der Handwerker und Händler; für eine Mittelstandspolitik im alten Sinn des Wortes sind wir in den ersten Jahrzehnten nach dem Krieg nicht reich genug. Wir brauchen sie auch nicht, weil es im allgemeinen, abgesehen von den Uebergangsschwierigkeiten, wohl kaum an Arbeitsgelegenheiten mangelt wird. Was nicht einer planmäßigen Produktionspolitik in Industrie, Handel und Landwirtschaft dient, und zwar einer Produktionspolitik, die vor allem auf die höchstmögliche Ertragssteigerung eingestellt ist, läßt sich mit einer Wirtschaftspolitik, wie wir sie nach dem Krieg nur ertragen können, nicht vereinbaren. Dieser Produzentenstandpunkt ist unerlässlich. Zu ihm müssen sich vor allem auch die Arbeiter bekennen; denn nur seine schrankenlose Durchführung kann uns die Erhöhung der Produktivität der Arbeit in Landwirtschaft und Industrie und die Befreiung der Produktionen von allen parasitären Elementen bringen, die die Voraussetzung zur Senkung des Preisniveaus ist, die an sich natürlich erstrebt werden muß.

Der Arbeitsmarkt im September 1917.

(Aus dem „Reichs-Arbeitsblatt“.)

Der Gang der Beschäftigung im September, dem 33. Kriegsmonat, zeigt, daß dem deutschen Wirtschaftsleben eine unverminderte, nicht zu brechende Widerstandskraft inneohnt, mit der es aller Schwierigkeiten, die sich ihm entgegenstellen, Herr zu werden weiß. Dem September des Vorjahres gegenüber ist verschiedentlich auch im Berichtsmonat wieder eine Steigerung der Tätigkeit hervorgetreten.

Im Bergbau und Hüttenbetrieb ist die Nachfrage nach wie vor außerordentlich lebhaft und die Beschäftigung unvermindert reger. Die Metall- und Maschinenindustrie arbeitete auch im September mit lebhaftester Anspannung und kann dem Vorjahre gegenüber vielfach eine Steigerung der Leistungen melden. Ähnliches gilt für die elektrische Industrie. In den chemischen Betrieben hielt sich die Beschäftigung im allgemeinen auf der gleichen Höhe wie im Vormonat und im Vorjahre um die gleiche Zeit; einzelne Betriebszweige haben aber auch dem September 1916 gegenüber eine Steigerung des Geschäftsganges erfahren. Im Holzgewerbe machte sich eine wesentliche Verschiebung der Beschäftigungsverhältnisse nicht geltend. Die Lage des Bekleidungsgebietes war im September im ganzen ebenso befriedigend wie im Vormonat; zum Teil trat in diesem Gewerbe eine Verbesserung gegen den Vormonat hervor. Für den Baumarkt sind keine wesentlichen Abweichungen von der bisherigen Lage zu bemerken.

Die Nachweisungen der Krankenkassen ergeben für die am 1. Oktober dieses Jahres in Beschäftigung stehenden Mitglieder dem 1. September gegenüber insgesamt eine Zunahme um 17 838 oder um 0,19 vom Hundert gegenüber einer etwas größeren Zunahme der Beschäftigtenzahl (um 0,44 vom Hundert) bei der vorhergehenden Feststellung am 1. September. Wenn auch die Gesamtzunahme dem Vormonat gegenüber eine geringe Abschwächung erkennen läßt, so ist im Vergleich zum Vorjahre die Entwicklung eine günstigere; denn im vorigen Jahre war keine Zunahme, sondern eine Abschwächung der Beschäftigten um insgesamt 0,48 vom Hundert hervorgetreten; gegenüber dem 1. Januar ist 1917 insgesamt eine Zunahme von 5,1 vom Hundert gegen 2,3 vom Hundert im Vorjahre vorhanden. Im einzelnen zeigt sich die weibliche Beschäftigung am 1. Oktober dieses Jahres um 18 439 oder um 0,39 vom Hundert höher als am 1. September, während die männliche Beschäftigtenzahl um 601 oder um 0,01 vom Hundert, das heißt also in ganz verschwindendem Maße, abgenommen hat. Bei der Beurteilung der Bewegung der männlichen Beschäftigtenzahl muß wieder berücksichtigt werden, daß die Kriegsgefangenenarbeit in den Ergebnissen der Krankenkassenstatistik nicht enthalten ist.

Nach den Feststellungen von 33 Nachbarverbänden, die für 1 029 179 Mitglieder über Arbeitslosigkeit berichteten, betrug die Arbeitslosenzahl Ende September 7875. Es sind das 0,8 vom Hundert. Da auch Ende Juli und Ende August 1917 die Arbeitslosenziffer 0,8 vom Hundert betrug, so zeigt sich den beiden Vormonaten gegenüber keinerlei Veränderung in der Gestaltung der Arbeitslosigkeit. Im Vergleich zum September der drei vorhergehenden Jahre ist aber eine wesentliche Verminderung der Arbeitslosigkeit festzustellen; denn im September 1916 stellte sich die Arbeitslosenziffer auf 2,1, im September 1915 auf 2,6 und im September 1914 auf 15,7 vom Hundert. Der wirkliche Umfang der Arbeitslosigkeit war im dritten Vierteljahr 1917 mit 0,6 vom Hundert gleich niedrig wie im vorhergegangenen und niedriger als in allen andern früheren Vierteljahren seit Beginn der Beobachtungen (1909).

Die Statistik der Arbeitsnachweise läßt im Berichtsmonat für das männliche wie für das weibliche Geschlecht ein allerdings nur schwaches Steigen des Andranges der Arbeitssuchenden erkennen. Im September kamen auf 100 offene Stellen bei den männlichen Personen 50 Arbeitssuchende (gegenüber 49 im Vormonat); beim weiblichen Geschlecht lag die Andrangsziffer von 86 auf 87.

Die bis Mitte Oktober reichende Statistik auf Grund des „Arbeitsmarkt-Anzeigers“ weist gegen den Vormonat keinerlei wesentliche Veränderungen der Verhältnisse auf. Gegen das Vorjahr ist eine Verminderung der überschüssigen Arbeitssuchenden und eine Vermehrung der überschüssigen offenen Stellen eingetreten.

Die Berichte der Arbeitsnachweiserverbände über die Beschäftigung im September lassen für Westpreußen und

Baden keine wesentliche Veränderung der Lage des Arbeitsmarktes erkennen. In Thüringen ist das Angebot der weiblichen Arbeitskräfte gleich geblieben, das der männlichen Arbeitssuchenden aber zurückgegangen. In Hamburg zeigte sich demgegenüber eine Zunahme der männlichen Arbeitssuchenden bei einer gleichzeitigen Verminderung des weiblichen Arbeitsangebotes. Aus Elsaß-Lothringen wird eine Zunahme der weiblichen Arbeitssuchenden gemeldet. In Hessen-Nassau und Hessen trat ein Rückgang der stellen-suchenden jugendlichen Arbeiter hervor. Im übrigen verzeichnen eine Reihe von Arbeitsnachweiserverbänden eine verminderte Inanspruchnahme. So ist in Ostpreußen dem Vormonat gegenüber ein Rückgang der gemeldeten Arbeitskräfte und der offenen Stellen eingetreten. Auch für Berlin-Brandenburg ist die Lage durch eine allgemeine leichte Abschwächung zu kennzeichnen. Im Königreich Sachsen wie in Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Bremen und Schleswig-Holstein ging die Vermittlungstätigkeit zurück. Das gleiche gilt für das Rheinland. Auch in Westfalen wie in Württemberg verminderte sich die Zahl der Arbeitssuchenden.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes. Beitragsleistung.

Die Woche vom 11. bis 17. November ist die 38. Beitragswoche	
" " " 18. " 24. " " "	39. "
" " " 25. Novbr. bis 1. Dez. " " "	40. "
" " " 2. Dezbr.) 8. " " "	41. "
" " " 9. " " " 15. " " "	42. "

Expedition des „Zimmerer“.

Die Veränderung im Eisenbahnbetriebe hat auch eine langsamere Postbeförderung zur Folge. In vielen Zahlstellen trifft daher unser Verbandsvoran so verspätet ein, daß es für die laufende Woche nicht mehr ausgetragen werden kann. Um diesem Uebelstande einigermaßen zu steuern, wird der „Zimmerer“ von Nr. 47 ab an alle Zahlstellen unter Kreuzband (als Drucksache) zugestellt werden.

Der Zentralvorstand.

Unsere Lohnbewegungen.

Ueber die Steuerungsulage in Hannover liegt die nachstehend wiedergegebene Korrespondenz vor:

Hannover, 23. Oktober 1917.

An den Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Hannover.

Die Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle des Zentralverbandes der Zimmerer Deutschlands, abgehalten am 20. dieses Monats, beauftragte Unterzeichneten, dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe mitzuteilen, daß die Zimmerer eine baldmöglichste Lohnaufbesserung fordern. Angesichts der immer höher gestiegenen Kosten der Lebenshaltung wird der jetzige Lohn als viel zu gering bezeichnet. Eine große Unzufriedenheit herrscht unter den Zimmerern, zumal in andern Berufen ein erheblich höherer Lohn gezahlt wird.

Da der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe zentrale Verhandlungen über eine weitere Kriegsteuerungsulage abgelehnt hat, die Dringlichkeit einer Lohnzulage für die Zimmerer in Hannover-Linden aber besteht, sehen sich die Zimmerer veranlaßt, örtliche Verhandlungen zu beantragen. In der Hoffnung, beim hiesigen Arbeitgeberverband für das Baugewerbe mehr soziales Verständnis und Entgegenkommen zu finden, ersuchen die Zimmerer, der Arbeitgeberverband wolle baldigst eine Sitzung einberufen, wo wir die Forderung durch persönliche Aussprache noch weiter begründen können.

Einer baldigen Einladung respektive Antwort entgegen-sehend, zeichnet hochachtungsvoll

Im Auftrage: Fr. Mañh.

Hannover, 3. November 1917.
Ferspreeker: Nord 461.

An die Zahlstelle des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen Deutschlands für Hannover und Umgegend.

Wir bestätigen den Empfang Ihres gefl. Schreibens vom 23. Oktober dieses Jahres und teilen Ihnen mit, daß voraussichtlich am 14. dieses Monats eine Verhandlung des Bundesvorstandes mit den Vertretern der Bauarbeiter-Zentralverbände unter Leitung des Ministerialdirektors Dr. Caspar stattfinden wird. Bis dahin können örtliche Verhandlungen nicht stattfinden, wovon Sie gefl. Kenntnis nehmen wollen.

Hochachtungsvoll

Arbeitgeberverband für das Baugewerbe zu Hannover.
E. Behrens.

Forderungen in Schwerin, Stavenhagen und Grabow i. M.

Das ablehnende Verhalten des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe gegenüber dem Ersuchen der Gewerkschaftsvorstände um Verhandlungen wegen Gewährung von weiteren Steuerungsulagen hat in den Kreisen unserer Kameraden allenthalben größten Unwillen hervorgerufen und Forderungen in den einzelnen Zahlstellen zur Folge gehabt. Wie uns bekanntgeworden ist, fordern unsere Kameraden in Schwerin eine Lohnerhöhung von 15 % pro Stunde. In Stavenhagen wird ein Stundenlohn von M. 1 verlangt und in Grabow M. 1,20. Damit den Arbeitgebern in den genannten Orten der Einwand genommen ist, sie dürften in Rücksicht auf Beschlüsse ihrer Organisation weder verhandeln noch irgendwelche Zugeständnisse machen, ist der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe in Meddersburg um Verhandlungen ersucht worden.

Die Arbeitgeber in Gnoien dürfen eine Steuerungsulage nicht bewilligen. Wie bereits in Nr. 44 des „Zimmerer“ mitgeteilt worden ist, sind die Maurer und

Zimmerer in Gnoien erneut an ihre Arbeitgeber heran-gelitten wegen Gewährung einer neuen Steuerungsulage. In der Antwort, die hierauf eingegangen ist, heißt es: „Auf Ihre gefl. Zuschrift vom 21. Oktober erwidern wir, daß wir es Ihnen doch schon früher auseinandergesetzt haben, daß wir keine andern Löhne zahlen dürfen, als die uns vom Arbeitgeberverband vorgeschrieben. Diese Löhne sind durch gemeinsames Uebereinkommen zwischen Ihrer und unserer Organisation festgesetzt worden (die letzte Kriegs- zulage auch durch Vermittlung der Regierung). Wenn eine Änderung der Löhne stattfinden soll, haben die Organi- sationen darüber zu beschließen.“ Aus dieser Antwort darf man schließen, daß die Arbeitgeber in Gnoien gegen eine Steuerungsulage nichts einzuwenden haben und sie bereit- willigst gewähren würden, wenn ihr nicht Organisations- beschlüsse entgegenständen, deren baldige Beseitigung nicht dringend genug gewünscht werden kann.

Forderungen in Lanta b. Sucktenberg. In einer Versammlung am 4. November wurde beschlossen, an die Werksleitung die Forderung zu richten, eine Auslösung von M. 2 pro Tag zu zahlen, wie sie auf ähnlichen Bauten fast überall eingeführt ist. Der Beschluß ist der Werksleitung durch den Gauleiter übermittelt.

Aus Görtitz wird uns berichtet, daß unterm 28. Oktober dieses Jahres an den Arbeitgeberverband für das Baugewerbe das Ersuchen gerichtet worden ist, eine weitere, den Verhältnissen angemessene Steuerungsulage zu gewähren. Die Antwort des Arbeitgeberverbandes lautet dahin, daß er nicht berechtigt sei, neue Steuerungsulagen zu bewilligen. Durch den Kriegszulagenvertrag vom 26./27. April 1917 seien die getroffenen Vereinbarungen bis 31. März 1918 gültig; sie könnten vom Arbeitgeberverband nicht durch- brochen werden. Daß diese Antwort die Görtitzer Kameraden nicht befriedigt, kann man verstehen.

Verhandlungen in Leipzig wegen einer weiteren Steuerungsulage lehnt der Arbeitgeberverband nach einer Mitteilung an unsere Zahlstelle vom 5. November ab, unter Berufung auf den noch laufenden Tarifvertrag, nach welchem die Frage der Kriegszulage bis 31. März 1918 zwischen den Zentralverbänden für das ganze Vertragsgebiet ge- regelt sei. Zwar anerkennt der Arbeitgeberverband die drückende Wirkung der Steuerung auf alle Kreise, allein die dadurch entstehenden Mehrkosten dürften nicht dem ein- zelnen zugemutet werden; womit natürlich nur der Er- stattung einer Steuerungsulage auch künftighin das Wort geredet werden wird. Zum Schluß wird noch bemerkt, daß die Annahme, die Zentralleitung des Arbeitgeberbundes habe weitere Verhandlungen abgelehnt, nicht ganz zu- treffend sei; Voraussetzung für die Aufnahme solcher sei nur die Abwendung weiteren, aus der verlangten Erfüllung laufender Verträge entstehenden Schadens von den durch den Tarifvertrag gebundenen Mitgliedern des Bundes. An- scheinend sind diese Voraussetzungen nunmehr gegeben.

Berichte aus den Zahlstellen.

Berlin und Umgegend. In einer allgemeinen Mit- gliederversammlung am 30. Oktober referierte Kamerad Römer, Hamburg, über das Thema: „Die gegenwärtigen und die zukünftigen Aufgaben des Zentralverbandes der Zimmerer“. In außerordentlich interessanter Rede schilderte er die heutigen Verhältnisse sowie die Mittel und die Aufgaben des Verbandes, um das Los der Zimmerer Deutschlands zu erleichtern. Grundbedingung für den Fortschritt und die Erfolge der Bewegung sei und bleibe eine eifrige Entfaltung der Agitation zur Stärkung und Festigung des Verbandes sowie die Anpassung an die Um- stände des Augenblicks. In diesem Sinne tüchtig mit- zuarbeiten, sei Pflicht aller überzeugten Berufsgenossen. Der Vortrag des Referenten fand starken Beifall. Zum Schluß gab Witt der Hoffnung Ausdruck, daß die Ver- sammlung den Geist und die Werbetätigkeit unter den Berliner Zimmerern neu beleben wird. Ferner machte er bekannt, daß in nächster Zeit ein sehr populär ge- schriebenes Flugblatt des Zentralverbandes mit dem Titel: „Ein Wort an die Unorganisierten“, zur Verbreitung gelangt.

Breslau. Am 23. Oktober fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: Der Zentralverband der Zimmerer in seiner Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft; Erledigung der Anträge unserer Mitglieder auf eine erneute Steuerungsulage; Beschlußfassung über die Einführung eines städtischen Arbeitsnachweises für das Baugewerbe in Breslau; Ver- bandsangelegenheiten. Zum ersten Punkt der Tagesord- nung referierte Kamerad Schrader, Hamburg, und führte etwa folgendes aus: Schon in den sechziger Jahren grün- deten die Zimmerer ihre erste Organisation; diese aber hatte keine lange Dauer und ging zugrunde; ebenso erging es noch mehreren andern gegründeten Organisationen; die letzte fiel unter dem Sozialisteneiseg. Dies waren traurige Zeiten für die Zimmerer; die Unternehmer herrschten ganz willkürlich, zahlten Lohn soviel sie wollten und verlangten eine Arbeitszeit von Sonnenanfang bis Sonnenunter- gang. Anfangs der achtziger Jahre gründeten sich in ver- schiedenen Orten wieder lokale Fachvereine. So auch ein solcher in Berlin. Infolge der traurigen Lohn- und Ar- beitsbedingungen kam es dort dann im Jahre 1882 zu einem Streik. Dieser ging jedoch durch den Zug indifferenter Zimmerer und aus Mangel an finanziellen Mitteln zu- grunde. Etwas Gutes aber hatte dieser verlorene Streik mit sich gebracht, indem man in Berlin eingeschauen hatte, daß mit lokalen Organisationen größere Streiks nicht durch- zuführen seien. Es kam deshalb auch der erste Anstoß zur Gründung eines Zentralverbandes von dort. Auf einem von den Berliner Kameraden einberufenen Handwerker- tag der Zimmerer Deutschlands wurde alsdann im August 1883 unsere noch heute bestehende Organisation, der Zentral- verband der Zimmerer Deutschlands, gegründet. 1885 hatten wir 3300 Mitglieder, 1888/1889 erfolgte ein wirt-

schafflicher Aufführung, der uns bis 1890 bereits 11 800 Mitglieder brachte, 1891/1892 erlitten wir durch den wirtschaftlichen Niedergang eine Mitgliederabnahme bis auf 9200 Mitglieder. Nachdem die Kameraden sich aber von der Notwendigkeit der Organisation überzeugt hatten, erfolgte ein stetiger Zuwachs, so daß wir 1914 62 000 Mitglieder hatten. Auch die Lohn- und Arbeitsbedingungen wurden geregelt und erheblich verbessert; gab es 1885 Stundenlöhne von 14 bis 50 M , so gab es 1915 solche von 40 bis 90 M ohne Teuerungszulage. Auch mit den Klassenlöhnen hat der Verband aufgeräumt; jetzt gibt es nur noch Einheitslöhne. Hatte man früher im Frühjahr durch einen Streik eine Lohnaufbesserung erzielt, ging diese im Herbst wieder verloren. Das waren die Verhältnisse der Vergangenheit. Und wie sieht die Gegenwart aus? Leider ist die Mitgliederzahl zurückgegangen, alles ist eingezogen; aber diese Kameraden werden wiederkommen und wieder Mitglieder sein, aber leider nicht alle; 3000 Kameraden liegen in fremder Erde begraben, viele sind verstümmelt, so daß sie nicht mehr arbeiten können und für uns verloren sind. Am 31. März 1916 war unser Tarif abgelassen; wir stellten wegen der einsehenden Teuerung Lohnforderungen. Bei den ersten Verhandlungen im Reichsamt des Innern lief alles auseinander wegen zu niedriger Angebote; erst bei dem zweiten Versuch kam eine Einigung zustande, so daß wir eine Teuerungszulage von 7 bis 11 M erzielten. Bald reichte diese bei weitem nicht mehr aus; 1917 wurden erneute Anträge gestellt; die Meister lehnten scharf ab. Die Herren hatten kein Empfinden für die Not, sie boten Staffellöhne und andere Verschlechterungen; wir wiesen alles ab, bis wir eine einheitliche Teuerungszulage erhielten. Da die Not aber weiter steigt, hat die Zentrale neue Verhandlungen wegen einer nochmaligen Teuerungszulage angebahnt; die Unternehmer haben, wie immer, glatt abgelehnt. Ob es zu einem Resultat kommen wird, ist noch unbestimmt; die Organisation wird alles daransetzen, um ihr Ziel zu erreichen. Den Kriegerfrauen wurden siebenmal Unterstüßungen ausgezahlt, die insgesamt eine Summe von anderthalb Millionen erreichten. Was die Zukunft bringen wird, ist schwer zu sagen, das hängt von dem guten oder schlechten Ende des Krieges ab. Ein Mangel an Wohnungen, besonders an kleinen, wird eintreten, Gelder und Material zum Bauen werden fehlen; denn alles Material ist beschlagnahmt. Dem Reiche wird die Pflicht zufallen, für die Krieger Arbeitsgelegenheit zu schaffen, dem Wucher mit Material vorzubeugen und keine Streiks entstehen zu lassen, sondern von Reichs wegen für angemessene Lohn- und Arbeitsbedingungen zu sorgen. Dafür muß bei der Regierung eine Abteilung mit Arbeitervertretern eingerichtet werden. Ein Faktor ist das Unternehmertum; einzelne Herren haben schon durchblicken lassen, daß die Teuerungszulagen abgebaut werden sollen. Redner glaubt das aber nicht; die Teuerung wird noch weiter andauern, da wir ausländische und überseeische Zufuhren nach dem Kriege nicht gleich haben werden. Hohe Steuern und Zölle werden gezahlt werden müssen, um die Kriegsanleihen und dergleichen bezahlen zu können. Aber dem Arbeitgeberbund ist ja nichts heilig; unsere Organisation wird er auf jeden Fall gewappnet finden. Darum muß fleißig agitiert werden, damit alles organisiert ist und unsere Kameraden, die im Felde stehen, ihre Organisation bei ihrer Rückkehr so finden, wie sie dieselbe verlassen haben. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung gelangte einstimmig ein Antrag zur Annahme, der den Vorstand beauftragt, mit dem Arbeitgeberbund wegen neuer Lohnbeziehungsweise Teuerungszulagen in Unterhandlungen zu treten. Der dritte Punkt betraf die Einrichtung eines städtischen Arbeitsnachweises. Diese Einrichtung ist für uns in Breslau wohl neu. In einer vom Breslauer Magistrat einberufenen Sitzung waren vertreten: der Magistrat, der Arbeitgeberbund und die Bauarbeiterorganisationen. Der vom Magistrat vorgeschlagene Entwurf wurde in vielen Satzungen abgelehnt und verbessert, eine Sitzung der Maurer, Bauarbeiter, Zimmerer und der christlichen Bauhandwerker hieß den abgedrehten Entwurf für gut. Nach Bekanntgabe desselben empfahl Kamerad Schmidt die Annahme des Arbeitsnachweises; denn er hat sein Gutes. Was uns der Arbeitsnachweis des Arbeitgeberbundes für Schwierigkeiten gemacht habe, wüßten die Kameraden; Geld und Scherereien habe er uns gekostet und keine Verbesserungen gebracht. Für die Dauer des Krieges wurde Kamerad Goldschmidt als Vermittler und Kamerad Schmidt als Vertreter vorgeschlagen. In der Abstimmung wurde der Vertrag angenommen. Unter „Verbandsangelegenheiten“ berichtete Kamerad Schmidt, daß die Herren Meister sich jetzt erlauben. Maurermeister Rheszka bezahlte nach Bischofswalde keine Laufftunde; die Schlichtungskommission verurteilte ihn dazu; nun bezahle Rheszka die Laufftunden nur mit dem Grundlohn ohne Teuerungszulage. Huber und Brandt bezahlten im Riesengebirge M 250 Landgeld, für Sonntags aber nur dann, wenn die Kameraden auch Sonntags arbeiteten; den Sonntagszuschlag bezahlten sie auch nur vom Grundlohn von 65 M . Darauf wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

Darmstadt. Am 6. November sprach in einer, den Verhältnissen entsprechend gut besuchten Versammlung Kamerad C. Friedrich-Hamburg über: „Die gegenwärtigen und Zukunftsaufgaben des Zentralverbandes der Zimmerer.“ Durch den Umstand, daß die große Mehrzahl der Kameraden in den umliegenden Orten wohnt und die jetzige Fahrgelegenheit eine äußerst schlechte ist, konnte der Redner das Referat nur in gedrängter Kürze geben, um dem Wunsch der Kameraden gerecht zu werden, eingehend die Zahlung einer weiteren Teuerungszulage zu besprechen. Hierbei unterzog Redner die geradezu herausfordernde Politik des Arbeitgeberbundes der verdienten Kritik. Gegenüber solchen Annahmen sei eine festgesetzte Organisation die beste Antwort. Den Kameraden erwächst hieraus die Pflicht, alles zu tun, um die Organisation so auszubauen, daß sie den zukünftigen Aufgaben sich voll gewachsen zeigen kann im Interesse unserer Kameraden und deren Familien. Die Diskussion zeitigte die Annahme nachstehender Entschließung: „Die am 6. November tagende Zimmererverversammlung nimmt Kenntnis von dem geradezu herausfordernden Verhalten des Arbeitgeberverbandes für das

Vaugewerbe bezüglich der Zahlung einer weiteren Teuerungszulage. Da die Voraussetzungen zu solcher Forderung längst gegeben sind, beauftragt die Versammlung den Zentralvorstand, sofort mit allem Nachdruck die in Betracht kommenden Instanzen auf die Folgen eines derartigen Verhaltens aufmerksam zu machen, insbesondere darauf hinzuweisen, daß die Zimmerer Darmstadt und der Umgebung jede Verantwortung für etwa entstehende Verteuerungen ablehnen. Die Versammelten verpflichten sich, einmütig alles aufzubieten, um den nur allzu berechtigten Forderungen im Interesse ihrer Familien mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln den notwendigen Nachdruck zu verleihen.“

Duisburg. Am 22. Oktober fand unsere Zahlstellenversammlung statt. Der Kassierer, Kamerad Matties, verlas die Abrechnung vom dritten Quartal. Daraus ergab sich, daß die Einnahme und Ausgabe für die Zentralkasse M 1405,85 betrug und die Zahlstelle mit einem Restbestand von M 4201,50 abschloß. Der Mitgliederstand, der am Schluß des zweiten Quartals 156 betrug, ist auf 173 gestiegen. Einwendungen gegen die Abrechnung wurden nicht gemacht; dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Hierauf hielt Kamerad Ede einen Vortrag über „Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft unseres Zentralverbandes“. Redner schilderte zunächst die Schwierigkeiten, die sich der Gründung der Gewerkschaft entgegenstellten. Die Gewerkschaft soll als Mittel dienen, um innerhalb der heutigen Gesellschaft bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu schaffen, die Arbeiterzeitung kulturell zu heben. Es hätte nun angenommen werden können, daß sich die Arbeiterpartei nicht dieses Mittels bedient hätte. Das war aber nicht der Fall; denn der Einfluß der Vorgänger unserer Organisation war nur gering, und Anfang der achtziger Jahre war der Verdienst und damit die Lebenshaltung der Zimmerer wohl auf die tiefste Stelle angelangt. Diese Notlage hatte dann den Aufruf an die Zimmerer zur Schaffung einer Organisation zur Folge; es war das Gründungsjahr unseres Zentralverbandes. Zwölf Jahre Sozialisten-gefeß haben seine Entwicklung gehemmt, und erst seit 1890 ist der Fortschritt ein sichtbarer. Die Entwicklung ist zwar keine sprunghafte gewesen, aber eine stetige, und in dem Maße, wie sich die Organisation ausdehnte und erweiterte, in dem Maße wuchs auch ihr Einfluß auf die Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse. Wer die Stundenlöhne und die Arbeitszeit, wie sie jetzt maßgebend sind, mit dem vergleicht, was 1890 üblich war, erkennt den Fortschritt und damit auch die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation. Wir können sagen, daß alles, was die Organisation erreicht hat, sie erkämpfen mußte, und wenn in einem Jahre ohne Kämpfe Verbesserungen eintreten, so war das in der Regel die Nachwirkung früherer Kämpfe. Von der Macht, die eine Organisation anwenden kann, war immer ihr Einfluß auf die beruflich-wirtschaftliche Lage abhängig, und daher war und ist immer eine Haupttätigkeit der Organisation die Werbung neuer Mitglieder. Der Krieg hat große Lücken im Verbande gerissen, die auszufüllen Aufgabe aller Kameraden sein muß. Redner schilderte hierauf eingehend die Verhältnisse, die bei Kriegsbeginn in die Erscheinung traten. Die drohende allgemeine Arbeitslosigkeit sei nicht eingetreten, aber die Steigerung der Lebensmittelpreise sei um so stärker in die Erscheinung getreten. Das habe dazu geführt, daß schon bei den ersten Kriegsbauten im Jahre 1914 die daran beschäftigten Kameraden mit dem alten Lohn nicht auskommen konnten, sondern höhere Löhne forderten. Hier schon, wie bei jedem weiteren Bestreben, die Löhne in Einklang mit der Teuerung zu bringen, sei die Unternehmerorganisation hemmend in den Weg getreten. Der Arbeitgeberbund vertritt auch heute noch den Standpunkt des starren Tariflohnes. Trotz dieser Hemmung sei es aber doch möglich gewesen, zwei Teuerungszulagen durchzubringen. Die Bewegung für die dritte Teuerungszulage sei trotz der Haltung der Unternehmerorganisation noch nicht erledigt; sie wird weiter gefördert werden. Was die Zukunft bringen werde, ist unklar, und nur Vermutungen können geäußert werden; klar sei sie nur in so weit, daß wir alle Anstrengungen machen müssen, um stark zu sein, damit wir die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Zukunft in unserm Sinne beeinflussen können. Redner schilderte, in welcher Weise der Arbeitgeberbund seine Kräfte sammle und seinen ganzen Einfluß aufwende, um die Zukunft in seinem Sinne zu beeinflussen. Für uns gelte es immer, ohne Unterlaß auf die Kräftigung der Organisation hinzuwirken, neue Streiter zu werben, damit wir, wenn neue Verhandlungen über den Tarif stattfinden, stark sind; denn nur der, der die Macht entfalten kann, wird eine gute Position in der Zukunft haben. Der Vortrag wurde heifällig aufgenommen und die Diskussionsredner äußerten sich in zustimmendem Sinne. Vom Vorsitzenden wurde der schlechte Besprechungsbesuch gerügt und darauf hingewiesen, daß Versammlungen ein wichtiges Mittel sind, die Aufgaben der Organisation zu fördern. Nach Erledigung einiger innerer Angelegenheiten erfolgte wegen der vorgeordneten Zeit Schluß der Versammlung.

Görlitz. Am 26. Oktober beschäftigte sich eine Versammlung mit der Tagesordnung: Abrechnung vom dritten Quartal; die Antwort des Arbeitgeberbundes wegen einer neuen Teuerungszulage und Verschiedenes. Die Abrechnung wurde von dem anwesenden Kameraden Köhler, Dresden, für richtig befunden und der Kassierer entlastet. Dann gab Kamerad Köhler die Antwort des Arbeitgeberbundes bekannt, die sich ablehnend verhält. Von dieser Antwort waren die Versammelten nicht sehr erbaut und beauftragten den Vorstand der Zahlstelle, sich mit den hiesigen Arbeitgebern in Verbindung zu setzen wegen einer Lohnaufbesserung. Sollte auch dieses fruchtlos bleiben, dann sind die Kameraden gezwungen, sich in der besser bezahlten Industrie oder anderweitig, wo bessere Löhne gezahlt werden, Arbeit zu suchen, trotzdem am hiesigen Orte Mangel an Arbeitskräften besteht. Nach Erledigung der Verbandsangelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Ludenwalde. Am 28. Oktober fand eine Mitgliederversammlung statt mit der Tagesordnung: „Der Zentralverband der Zimmerer in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft.“ Referent: Hauptkassierer Kamerad Römer, Hamburg. Redner erläuterte in klaren Worten die Entstehung des Verbandes, und unter welchen schwierigen Verhältnissen es gelang, den Grundstein zu legen. Der Verband wurde

im Jahre 1883 in Berlin gegründet. Im ersten Jahre trafen sich 2000 Kameraden in den Verband aufzunehmen. Die Mitgliederzahl stieg dann bis zum Jahre 1914 auf über 63 000 Mitglieder. Der Krieg habe dann auf die Verhältnisse des Verbandes eingewirkt; nach dem Kriege werde das wieder anders, wenn jeder seine Schuldigkeit tue und den letzten unorganisierten Kameraden dem Verbands beizutreten. Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Leider war die Versammlung nur schwach besucht. Nach dem Vortrage wurde die Wahl des ersten Schriftführers, der zum Heeresdienst eingezogen ist, und die Wahl eines Revisors vollzogen. Dann fand die Einkassierung der Beiträge statt, worauf Schluß der Versammlung erfolgte.

München. Ergebnis der statistischen Erhebung im Zahlstellengebiete vom September 1917. Von der Erhebung wurden erfasst in 16 Orten 51 Betriebe. Davon waren 19 Vaugeschäfte, 19 Zimmerbetriebe, 2 Betonbetriebe und 11 sonstige Betriebe, die selbst Zimmerer einstellen. In den 51 Betrieben wurden 564 Zimmerer beschäftigt, und zwar in Vaugeschäften 321, in Zimmerbetrieben 142, in Betonbetrieben 19 und in sonstigen Betrieben, die selbst Zimmerer einstellen, 82. Von den 564 Beschäftigten waren 510 organisiert und 54 nicht organisiert. Zu den 510 organisierten kommen noch 60 außerhalb des Tarifgebietes oder im Kriegsgebiet beschäftigte, 30 nicht im Dienst tätige, 6 Kranke und 5 arbeitslose Mitglieder. Im ganzen betrug die erfasste Mitgliederzahl 611. Da die tatsächliche Mitgliederzahl 684 betrug, wurden demnach 73 Mitglieder von der Statistik nicht erfasst. Im Lohngebiet München beträgt nach dem Tarif der Stundenlohn einschließlich der Kriegszulage 97 M . Die Feststellung ergab, daß unter Ausschaltung der Löhne für Poliere, Junggelesen und Invaliden der Stundenlohn einschließlich der Kriegszulage sich zwischen 97 M und M 130 bewegt. Es erhielten: 237 Zimmerer je 97 M , 3 je 98 M , 59 je 100 M , 45 je 105 M , 12 je 107 M , 3 je 108 M , 127 je 109 M , 31 je 110 M , 5 je 115 M , 1 120 M und 3 je 120 M . Für diese 626 vollleistungsfähigen Zimmerer wurde an Gesamtlohn für eine Stunde M 588,54 gezahlt. Das ergibt im Durchschnitt M 1,02 pro Kopf und Stunde. Vor Kriegsausbruch betrug der Stundenlohn 72 M . Währen ist während der Kriegsdauer eine Erhöhung von durchschnittlich 30 M , gleich 41,68 pZt., eingetreten. Die Aufwendungen für die wöchentliche Nahrungsmittelbeschaffung für eine vierköpfige Familie sind aber während dieser Zeit in München, nach der Berechnung des Statistikers Calver, von M 25,65 auf M 45,96, gleich 79,14 pZt., gestiegen. Dazu kommen noch die Mehrausgaben für die gewaltig erhöhten Preise für Bekleidung, Heizung und Wohnung, so daß trotz der Lohnsteigerung von rund 42 pZt. eine sehr wesentliche Verschlechterung in der Lebenshaltung der Zimmerer eintreten mußte. Die Arbeitszeit beträgt 9 1/2 Stunden täglich. August Kemmer.

Schönebeck. Am 7. Oktober beschäftigte sich eine Mitgliederversammlung mit der Lohnfrage. Von allen Rednern wurde die Erhöhung des Lohnes als dringend anerkannt. Vor allem wurde gewünscht, daß nicht nur eine Erhöhung der sogenannten Teuerungszulage, sondern vor allem die Erhöhung des Grundlohnes vorgenommen werden müsse. Es wurde beschlossen, dem Arbeitgeberverband folgende Forderungen zu unterbreiten: „Der tarifliche Grundlohn ist um 50 pZt. zu erhöhen; desgleichen soll die bisher gezahlte Teuerungszulage (25 M) ebenfalls um 50 pZt. erhöht werden.“ Die Bauarbeiter erklärten sich mit diesen Forderungen einverstanden. Sie wurden gemeinschaftlich mit den Bauarbeitern dem Arbeitgeberverband mitgeteilt. Vom Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes des Kreises Kalbe erhielten wir dann die Mitteilung, daß unsere Forderungen zur weiteren Erledigung an den Bezirksarbeiterverband überwiesen worden seien. Am 28. Oktober teilte dieser mit:

„Von unserm Arbeitgeberverband Schönebeck wird uns Ihr Schreiben vom 15. dieses Monats übersandt, und teilen wir auf den Inhalt desselben mit, daß wir nicht in der Lage sind, mit Ihnen über Bewilligung einer neuen Kriegsteuerungszulage zu verhandeln, da erst Ende April dieses Jahres mit dem Deutschen Arbeitgeberbund für das Vaugewerbe, Berlin, und mit Ihren Zentralverbänden unter Mitwirkung des Reichsamtes des Innern ein Vertrag bis Ende März 1918 über zu zahlende Zulagen abgeschlossen worden ist. Durch den § 4 dieses Vertrages sind sowohl Sie wie wir verpflichtet worden, allen Verteuerungen, die auf Erhöhung oder Herabsetzung der vereinbarten Zulage während der Dauer des Vertrages abzielen, als vertragswidrig entgegenzutreten. Dieser Vertrag bleibt für Sie und uns selbstverständlich bis Ende März 1918 in Kraft, wenn die Zentralverbände ihn nicht gemeinsam vorher abändern. Auch das Kriegsamt verlangt, wie aus seinen zahlreichen Erlassen hervorgeht, die Durchführung der tariflichen Vereinbarungen. Es hat ausdrücklich die tarifgemäßen Arbeitsbedingungen im Vaugewerbe als angemessene Arbeitsbedingungen im Sinne des Hilfslieferungsgesetzes erklärt.“

Wernigerode. Am 28. Oktober tagte unsere Versammlung. Tagesordnung: Rechnungsablage und Lohnfrage. Nachdem unser Kassierer die Abrechnung verlesen und von der Versammlung, welche mäßig besucht war, entlastet war, gingen wir zu der Lohnfrage über. Es wurde von den Kameraden die Unzufriedenheit ausgesprochen über unsere jetzigen Lohnverhältnisse im Gegensatz zu den teuren Lebensmittelpreisen und Bekleidungspreisen. Wir wurden uns auch bald einig, dem Arbeitgeberverband eine Resolution zuzufügen, worin wir den Wunsch aussprechen, unsern Stundenlohn abermals um 25 M zu erhöhen. Also ein Stundenlohn von M 1. Begründet wird die Forderung mit den hohen Lebensmittelpreisen, die fortwährend steigen und teilweise schon über 200 pZt. gestiegen sind, zweitens mit den hohen Summen für Bekleidung, drittens mit den Heizungspreisen und viertens, da die Arbeitsstunden jetzt weniger werden.

Sterbefall.

Arnswalde. Am 24. Oktober starb unser Kamerad Hermann Haß, Mitbegründer der Zahlstelle, im 64. Lebensjahre.

Baugewerbliches.

Öffene Stellen für Zimmerer. Dem „Arbeitsmarkt-Anzeiger“ vom 8. November entnehmen wir, daß von den örtlichen Arbeitsnachweiser folgenden Orte Zimmerer gesucht werden: Ostpreußen: Allenstein 6, Angerburg 10, Gerdauen 3, Goldap 3, Gumbinnen 5, Königsberg 50, Magdeburg 20, Osterode 10, Stargard 1; Pommern: Stettin 41; Posen: Kolmar 19, Meseritz 10, Posen 54; Schlesien: Ratiboritz 50, Cosel 32, Oppeln 20, Schweidnitz 13, Strzelitz 3, Silesberg 3, Jauer 5, Landeshut 5, Löwenberg 2; Brandenburg: Berlin 2, Ludenwalde 2; Provinz Sachsen=Anhalt: Bernburg 6, Bitterfeld 50, Dessau 19, Erfurt 6, Halle 70, Magdeburg 33, Mühlhausen 15, Neuhaldensleben 2, Nordhausen 15, Osterburg 4, Staßfurt 1, Stendal 1, Suhl 15, Wernigerode 2, Wittenberg 15, Zeitz 5; Königsreich Sachsen: Rangen 8, Dresden 108; Thüringen: Altenburg 10, Apolda 15, Eisenach 5, Gotha 20, Jena 60, Rudolstadt 10, Waltershausen 1; Hannover: Emden 10, Hannover 2, Harburg 11, Lüneburg 1, Soltau 20; Braunschweig: Holzminden 18; Oldenburg: Nordenham 5, Müritzen 24; Bremen: Bremen 8, Bremerhaven 33; Schleswig-Holstein: Flensburg 16, Rzehoe 6, Kiel 32, Lübeck 9, Neumünster 12, Seeberg 10, Tondern 5; Hamburg 3; Mecklenburg: Rastow 1, Frankfurt 4, Grieben 2, Rantan 10, Söckel 5, Mainz 50, Offenbach 2; Westfalen: Bochum 28, Dortmund 37, Gelsenkirchen 5, Hagen 6, Hamm 15, Hohenlimburg 3, Metlinghausen 5, Rheine 5; Rheinland: Wermelskirchen 10, Düffelort 10, Elberfeld 20, Essen 12, Mülheim a. d. R. 2, Saarbrücken 36; Bayern: Augsburg 2, Frankfurt 4, Würzburg 2, München 40, Nürnberg 78, St. Ingbert 3; Württemberg: Friedrichshafen 6, Ravensburg 1, Stuttgart 25; Baden: Baden-Baden 50, Freiburg 8, Heidelberg 10, Karlsruhe 25, Lörrach 4, Mannheim 96, Mülheim 5, Oberkirch 1, Offenburg 1; Elsaß-Lothringen: Colmar 7. In 107 Orten werden demnach 1738 Zimmerer gesucht.

Verschmelzung der Internationalen Baugesellschaft mit der Firma Philipp Holzmann & Co. in Frankfurt am Main. Die Ende Oktober abgehaltene außerordentliche Generalversammlung der Internationalen Baugesellschaft in Frankfurt a. M. genehmigte, wie die „Münch. Neuesten Nachrichten“ mitteilen, glatt den Verschmelzungsvertrag mit der Baufirma Philipp Holzmann & Co., die mit 12,40 Millionen Mark Kapital in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wird. Die Verwaltung führte zu den Anträgen aus, daß der Ertrag der Internationalen Baugesellschaft in den letzten Jahren zurückgegangen sei, während derjenige des Holzmann-Unternehmens sich sogar erhöhte. Ein Weg zur Heilung der Schäden der Internationalen Baugesellschaft im Kriege sei nur in der Verschmelzung zu sehen. Bei der Internationalen hätte im laufenden Jahre vielleicht mit einem völligen Ausfall der Dividende gerechnet werden müssen. Nach der Fusion werde die Holzmann-Gesellschaft an offenen Reserven allein 7,20 Millionen Mark oder nahezu 60 pZt. des Aktienkapitals besitzen.

Der baugewerbliche Arbeitsmarkt im September 1917 wird im „Reichsarbeitsblatt“ wie folgt beschrieben: Die an das „Reichsarbeitsblatt“ berichtenden Verbände stellen im September eine wesentliche Veränderung der Beschäftigten nicht fest. Auch im Vergleich zum Vorjahre wird in der Regel keine wesentliche Abweichung vermerkt. Nur zwei der eingegangenen Berichte schildern die Lage als schwächer. Zum Teil ist sie lebhafter gewesen als im September 1916. Vereinzelt wurde mit Heberstunden gearbeitet.

Nach dem Bericht der Zeitschrift „Baumaterialienmarkt“, Leipzig, wurden in Westdeutschland zahlreiche kriegsindustrielle Bauten fertiggestellt, gleichwohl ist die kriegswirtschaftliche Bautätigkeit noch immer als lebhaft anzusprechen. In erster Linie fallen die umfangreichen Aufträge des Eisenbahnbaus ins Gewicht. Die Bautätigkeit in Teilen Süddeutschlands war unter Berücksichtigung der Zeitverhältnisse als nicht unbedeutend zu bezeichnen. Auch in Mitteldeutschland kommen nach wie vor bedeutende Bauten zur Ausführung. Aus Pommern wird berichtet, daß der Baumarkt in der Berichtszeit einige Belebung zeigte. Gründe volkswirtschaftlicher und wirtschaftlicher Art sprechen für den verstärkten Ausbau des Wasserleitungs- und Kanalisationsnetzes, besonders in den kleineren Städten des Ostens, wo derartige Anlagen oft noch viel zu wünschen übrig lassen. Vorläufig können sich allerdings die meisten Stadtverwaltungen nur mit den Vorarbeiten für diese Ausführungen beschäftigen. Die eigentlichen Bauarbeiten müssen wohl sämtlich bis Kriegsende hinausgeschoben werden. Bezüglich der Errichtung von Kleinwohnungsbauten tauchen fortlaufend neue Pläne auf, die aber während des Krieges über die Vorarbeiten kaum hinauskommen dürften. Die Feuererszulagen im Baugewerbe, die nach den bisherigen Festsetzungen nur einem bestimmten Teile der deutschen Bauarbeiterschaft wiedererstattet werden sollten, werden nun nach einem neuerlichen Erlaß allgemein allen beteiligten Arbeitgebern bei Hochbauten, die unmittelbar für Rechnung des Reiches ausgeführt werden, gewährt.

Nach dem Bericht der „Lohn- und Preiszeitung“, Berlin, blieb die Bautätigkeit auch im September in den Grenzen, die ihr durch den Krieg und das Verbot der Neuherrstellung von Privatbauten gezogen sind. Es werden nur Bauten für dringende Heeres- oder volkswirtschaftliche Zwecke ausgeführt; Privatbautätigkeit besteht nur in der Ausführung der notwendigen Ausbesserungs- und Wänderausarbeiten und der Wiedereraufrichtung von durch Brände oder Kriegsereignisse zerstörten Gebäuden. 196 Betriebskrankenkassen des Baugewerbes hatten am 1. Oktober 50 731 männliche und 7372 weibliche Mitglieder abgültig der arbeitsunfähig Kranken. Im Vergleich mit dem Anfang des September ist eine Zunahme um 1,80 vom Hundert bei den männlichen und eine Abnahme um 1,09 vom Hundert bei den weiblichen Beschäftigten eingetreten.

Bei 86 Innungskrankenkassen der Laubereje mit 21 500 männlichen und 1691 weiblichen versicherungspflichtigen Mitgliedern abgültig der arbeitsunfähig Kranken am 1. Oktober war dem Anfang des September gegenüber die männliche Beschäftigung um 2,10 vom Hundert und die weibliche um 5,90 vom Hundert niedriger.

Einen Vergleich mit den vorhergehenden Monaten und mit dem Vorjahre bieten die folgenden Angaben über die Bombenverluste der Zu- oder Abnahme, welche die in den Betriebskrankenkassen und in den Orts- und Innungskrankenkassen Versicherten männlichen und weiblichen Geschlechts je gegen den Vormonat auswiesen:

Am 1. des Monats	Betriebskrankenkassen		Ortskrankenkassen		Innungskrankenkassen	
	1916	1917	1916	1917	1916	1917

Männliche Beschäftigte:						
August	1,29	0,21	0,88	0,98	0,91	1,97
September	0,93	0,10	0,02	3,15	0,21	2,48
Oktober	2,48	1,80	1,72	1,39	2,63	2,40

Weibliche Beschäftigte:						
August	4,13	1,72	2,01	0,88	13,55	0,46
September	3,95	2,80	0,36	2,37	0,45	3,95
Oktober	2,53	1,09	0,68	2,26	4,08	5,90

Drei Arbeiterverbände des Baugewerbes meldeten unter 71 886 berichtenden Mitgliedern im Berichtsmonat 0,1 vom Hundert Arbeitslose gegen 0,1 im Vormonat und 0,3 vom Hundert im gleichen Monat des Vorjahres.

Der Nichteffekzweig im Feindesland.

Sie zogen durch die fremde Stadt: Soldatenschritt hallt in den Gassen. Die Häuser liegen tot, verlassen. Der Spätherbsttag glökt blinzelnd matt Um Giebelwerk und Dächermassen. Ein Neubau ragt. Ins Dachgestühl Fuhr ihm der Kugeln Eisenregen. Die Flammen löscht Fröstelregen. Nun freibt der Wind darin sein Spiel Und faucht und furt in kurzen Schlägen. Ein grüner Krauz hing im Gebäck Vom Nichtfest noch aus bessern Tagen. Dauch hat der Krieg sein Grün zerschlagen: Die Blätter hängen braun und welk Und wispern sag ein zitternd Klagen... Schrift einer da im Feldgeau, stumm, Strapazenmüd, ergraut die Haare: Ein Zimmermann. Das blaue, klare Aug' schweift wie suchend ringsherum, Ob's einen Lichtblick nicht gewahre... Und bleibt an dem zerschossnen Krauz Hoch im Gebäck des Neubaus hängen. — Und die Erinnerungen drängen Jäh auf ihn ein in tollern Laug Und wollen ihm das Herz beengen... Die lang ifs' her?! — Nun ruht sein Teil, Das seine Faust so fest geschwungen! Wieviel der Alten und der Jungen Hat nicht die Kriegswut gierig-geil Zermalmt, verstückelt und verschlungen! Wie mancher wack're Kamerad Wird seine Axt nie wieder schwingen! Wann werden Friedensglocken klingen Zu neuer Saat, zu neuer Tat, Zu neuem, frohem Baugelingen?... Der Nichtkrauz raschelt im Gebäck... Schon will die Nacht den Tag umfassen! — Doch peitscht der Krieg die Völkermassen: Die Bäume stehen spätherbstlich... Soldatenschritt durchhallt die Gassen... Ludwig Sassen.



Bekanntmachungen der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse in Hamburg). Bureau: Hamburg 22, Hamburger Straße 131, 2. Et. Postfachkonto: 6642, Hamburg 11.

Vom 6. Oktober bis 2. November 1917 erhielt die Hauptkasse aus den örtlichen Verwaltungen: Altkönigsbrücke 12, 46, Arensdorf 19, 83, Bahn 100, Bornstedt 300, Brunsbüttel 100, Bruch 60, Burg 100, Coblentz 70, Cöln 80, Crefeld 55, Crumbach 40, Dahlen 15, 45, Danzig 100, Doberan 119, 45, Dortmund 100, Dresden II 200, Duisburg 100, Oberswalde 50, Eisen 100, Feuerbach 60, Freiburg 300, Fürth 80, Großrenke 20, Großharthau 57, 62, Großheideheim 30, Groß-Zimmern 50, Gütrow 150, Halberstadt 100, Hamburg V 90, Heidelberg 50, Heidehof 100, Helmstedt 100, Hermsdorf 200, Herxleben 30, Hildesheim 60, Hirschberg 100, Hockenheim 45, Kahla 9, 59, Kiel 150, Kitzsch 100, Kröppeln 48, Lichtenberg II 200, Lohmühl 100, Lötzhitz 60, Malchin 100, Mammheim 50, Marne 7, Memel 100, Meuselwitz 15, 48, Mirs 23, 23, Neukloster 41, Neustettin 19, 20, Niendorf 40, Nordenham 150, Nossen 120, Ober-Schömannenweg 80, Peisternitz 43, 88, Penzig 100, Pforzheim 200, Pliezhäuser 60,

Brech 60, Pringsdorf 90, 82, Reichenau 14, 55, Reinfeld 50, Röhrda 40, Rötha 14, 24, Rudolstadt 100, Sand 92, Schlaben 26, 89, Schöneberg 180, Schwabach 18, 55, Schweibitz 144, Seligenstadt 47, Spandau 250, Steglitz 150, Steinbel 50, Stortow 50, Stuttgart 150, Swinemünde 52, Teterow 49, 43, Torgelow 76, 44, Ullschlag 31, 03, Wamsee 100, Warnemünde 38, Weimar 100, Weisensee 100, Willemsburg 40, Wittenburg 73, 49. Summa M. 7355, 43.

Zusfuß erhielten die Verwaltungen: Altona M. 100, Berlin III 500, Bückow 156, Chemnitz 240, Dockenhuden 100, Dresden II 200, Elbing 350, Frieda 50, Fürstenwalde 120, Hagenow 60, Hamburg I 100, Hannover-Linden 100, Hinterpetersdorf 60, Hohenau 30, Lehnitz 50, Leipzig 400, Lüneburg 20, Mahlsdorf 140, Pantow 35, Posen 250, Pritz 100, Saalfeld 25, Seelitzstadt 107, Speyer 50, Strausberg 60, Teplitz 100, Wattenfeld 100, Wilmerdorf 150. Summa M. 3753.

Achtung, Kassierer! Wir machen auf den Kommentar zu § 32 Absatz 2 Seite 16 der Geschäftsverordnung aufmerksam und ersuchen, das noch vorhandene überflüssige Geld sofort der Hauptkasse auf Zahlkarten zu überweisen. Von nachstehenden Verwaltungen ist die Abrechnung für das zweite Quartal noch nicht eingelangt. Wir ersuchen um deren sofortige Einlieferung. Abdingen, Camweiler, Elmendingen, Gollnow, Konstanj, Mey, Sachwitz, Swinemünde, Wismar, Wittenberg. Ferner ersuchen wir die Kassierer, dafür zu sorgen, daß die Mitglieder die Beiträge regelmäßig entrichten, damit wir nicht fortwährend große Summen von Beitragsrückständen zu verzeichnen haben. Der Vorstand.

Versammlungsanzeiger.

Dienstag, den 20. November: Friedrichshagen: Bei Witwe Lerche, „Bürgerstube“. — Lungenalza: Im „Oberer Felsenkeller“. — Mannheim: Im Gasthaus „Zur Bergstraße“, S 4, 8. — Spandau: Beim Kameraden Guntowsh, Wisnarsstr. 6. Freitag, den 23. November: Jena: Nach Feierabend im Gewerkschaftshaus. Sonntag, den 25. November: Memel: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Holzstr. 2d.

Anzeigen.

[N. 8.60] Nachruf. Am 5. November starb nach kurzen, schweren Krankenlager unser langjähriger Kamerad Gustav Janke im Alter von 62 Jahren an Lungentzündung. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Die Bahnhalle Friedrichshagen.

Berlin und Umgegend.

Donnerstag, den 22. November, abends 8 Uhr: Zahlstellenversammlung im Gewerkschaftshaus, Engelwer 15. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom dritten Quartal 1917. 2. Regelung der Entschädigung für die Bezirks- und Hauskassierer. 3. Beschlußfassung über die Winterbeiträge. 4. Unsere Wohnfrage, Referent: Kamerad Witt. [N. 140] Bestimmtes und pünktliches Erscheinen aller Delegierten ist Pflicht. Der Vorstand.

Verkehrslotale, Herbergen usw.

(Zahresinstitute unter dieser Rubrik bis zu drei Zeilen kosten 4 S. jede weitere Zeile 2 S. mehr. Freie Exemplare werden nicht verabfolgt.) Berlin. Arbeitsnachweis und Bureau der Bahnhalle des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgruppen für Berlin und Ang. : 50, Engelwer 15, 2. Et., Zimmer 50. Fernsprecher Amt Worlitzstr., Nr. 2739. Differenzen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie Unfälle sind hier zu melden. Chemnitz. Bureau und Arbeitsnachweis befinden sich im Volkshaus „Hohlfelsen“, Zwitzauer Straße 152, 1. Et., Zimmer 15. Herbergest. Verkehrslotale: Volkshaus und „Plauenische Bierhalle“, Gaisstr. 41. Zutreffende Kollegen sind verpflichtet, eye sie anschauen, sich im Bureau zu melden. Geöffnet 11—1 Uhr und nachm. 5—7 1/2 Uhr. Dortmund. Verbandsbureau, Arbeitsnachweis und Herberge im Gewerkschaftshaus, Kessingstraße 52. Zutreffende und arbeitslose Mitglieder sind verpflichtet, sich im Bureau zu melden. Umschau verboten. Hamburg. Bureau des Zentralverbandes der Zimmerer Hamburgs und Umgegend: Besenbinderhof 50, Hinterhaus, 1. Stock. Telefon: Gr. 6, 4426. Geöffnet vorm. von 11 bis 1 Uhr, nachm. von 5 bis 7 Uhr. Alle Mitteilungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen der Zimmerer Hamburgs und Umg. sind hier zu melden. Zutreffende Kameraden haben die Pflicht, bevor sie nach Arbeit anschauen, sich im vorstehend bekanntgegebenen Bureau zu melden. Weiterverzeichnisse werden dort unentgeltlich verabfolgt. Hamburg-St. Georg. Verkehrslotal für Bezirk 4 bei Eduard Stoppel, Hoyerstraße 50. Telefon: Gr. 8, 2584. Jeden Sonntag, vormittags von 9 bis 1 Uhr, Beitragsgemengentnahme. Versammlungs-lotal der Zentralfrankenkasse der Zimmerer. Hamburg-Eimsbüttel. Albert Lemde, Verkehrslotal, Bsecklanteastr. 16. Jeden Sonnabend Nachabend. Jeden letzten Sonnabend im Monat Nachabend der Zentralfrankenkasse. Telefon: Gr. 6, 3782. Hamburg-Winterhube. Verkehrslotal bei Feurt. Schulz, Marktplatz 16. Telefon: Gr. 6, 1792. Zusammenkunft jeden zweiten Montag im Monat. Wannheim. Zahlstellenbureau: Gewerkschaftshaus F. 4, 2. 3. Et., Zimmer 10 und 11. Telefon 6276. Arbeitsnachweis dortselbst. Sprechstunden täglich von 7 bis 12 Uhr abends, Sonntags von 11 bis 12 Uhr vormittags. Arbeitslose haben sich von 10 bis 11 Uhr vormittags zur Kontrolle zu melden. München. Bureau der Bahnhalle und Arbeitsnachweis: Pestalozzistr. 40/41. Gewerkschaftshaus, 3. Stock, Zimmer 64. Telefon 101080. Sprechstunden: Vormittags von 10 bis 12 Uhr, abends (Montags und Freitags) von 5 bis 7 Uhr, Samstag von 3 bis 1 Uhr ununterbrochen. Arbeitslosenmeldung von 10 bis 12 Uhr. Sonntags geschlossen. Zentralherberge: Am Glockenbach 10.